



Sonstige Beschlüsse

***zum 54. JU NRW-Tag
am 22./23. September 2018 in Bochum***

Inhaltsverzeichnis

Geburtshilfe fördern – Situation der Hebammen verbessern!.....	1
Überprüfung der bestehenden Tempolimits auf nordrhein-westfälischen Autobahnen.....	2
Leistungsträger in Straßenplanung und Straßenbau bei Straßen.NRW halten.....	2
Antrag Trenching.....	2
Verfahren Bürgerbegehren.....	3
Kriterien für das Fach Wirtschaft.....	3
Lernvideos.....	3
Antragsprozess neuer Personalausweis.....	4
Bessere Bedingungen für Bildungsfahrten nach Luxemburg und Straßburg.....	4
Ausweitung der Lehrgangsplätze für ehrenamtliche Führungskräfte am Institut der Feuerwehr NRW (IdF) durch Kooperationen mit Berufsfeuerwehren.....	4
Ausweitung und Verbesserung der Schulpraktika.....	5
Ehrenamt.....	5
Unterhaltsbeihilfe für Referendare.....	5
Grunderwerbsteuer.....	5

Beschluss:

Geburtshilfe fördern – Situation der Hebammen verbessern!

Erfreulicherweise werden in Deutschland und auch in NRW – allen Vorhersagen zum Trotz – wieder mehr Kinder geboren. So erblickten alleine in NRW im Jahr 2016 insgesamt 173.274 Neugeborene das Licht der Welt – so viele, wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr.

Der Wert von Kindern in Staat und Gesellschaft lässt sich in Zahlen nicht bemessen. Kinder und Familien zu unterstützen ist daher nicht nur ureigene grundgesetzliche Aufgabe, sondern auch ein Kernbestandteil des christlich-sozialen Menschenbildes. Zu dieser Aufgabe gehört ganz wesentlich auch, denjenigen zu helfen, die werdenden Mütter vor, während und nach der Geburt begleiten.

Die Begleitung durch eine Hebamme während der Geburt ist gesetzlich vorgeschrieben. Hebammen sind jedoch auch im Rahmen der Vor- und Nachsorge eine wirkungsvolle und notwendige Ergänzung zur ausschließlich medizinischen Versorgung z.B. durch Ärzte. Nach einer Studie der AOK können jedoch immer weniger Mütter die Leistungen einer Hebamme über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus in Anspruch nehmen. Während im Jahr 2012 noch 64 % aller Familien im Wochenbett durch eine Hebamme betreut wurden, waren es im Jahr 2016 nur noch 53 %. Ursächlich ist eine zunehmende personelle Unterversorgung in der Geburtshilfe. Der Deutsche Hebammenverband mit insgesamt rund 19.000 Mitgliedern hat hierzu eine „Karte der Unterversorgung“ angelegt, die zum Stand 13.08.2018 rund 21.450 Einträge aufweist – mit steigender Tendenz. In der Folge rät beispielsweise der Landesverband der Hebammen in NRW – nach eigenen Angaben mit ca. 4.200 Mitgliedern größte Landesverband des Deutschen Hebammenverbandes - mittlerweile dazu, die Suche nach einer Hebamme unmittelbar nach

Erkennen der Schwangerschaft aufzunehmen, während es früher gereicht habe, im fünften Schwangerschaftsmonat zu beginnen.

Durch die Unterversorgung in der Geburtshilfe häufen sich auch die Meldungen über drohende vorübergehende oder auch dauerhafte Schließungen von Geburtskliniken nicht in Folge mangelnder Fallzahlen oder Wirtschaftlichkeit, sondern aufgrund von Personalengpässen.

Es gilt, diese prekäre Situation in der Geburtshilfe zum Wohle aller Betroffenen, der Hebammen, der Kliniken und nicht zuletzt auch der Familien sowie vor allem der neugeborenen Kinder zu verbessern.

Die Junge Union NRW fordert die Landesregierung auf, ergänzend auch zur angestrebten Verbesserung der Alten- und Krankenpflege einen Aktionsplan zur Stärkung der Geburtshilfe, unter Beteiligung der Interessenverbände zu entwickeln und, nötigenfalls auch im Wege von Bundesratsinitiativen, zu verfolgen. Konkret fordert die Junge Union NRW folgende Regulierungsmaßnahmen:

1. Verbesserung der Versicherungsbedingungen für freiberufliche Hebammen – nötigenfalls durch Schaffung eines Haftungsfonds zur Entlastung der Versicherungsbeiträge
2. Überprüfung der Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe
3. Einrichtung einer wiederkehrenden Bedarfsermittlung auf statistisch valider Datenbasis
4. Schaffung von Qualitätsstandards in der Geburtshilfe
5. Förderung der ambulanten Hebammenversorgung und von alternativen Versorgungsformen (z.B. Geburtshäuser) auch im Rahmen von Modellprojekten
6. Einbettung des Berufsbildes der Hebamme in die Bemühungen zur Fortentwicklung und Attraktivierung der Berufsbilder im Gesundheitssektor (Alten- und Krankenpflege)

Beschluss:

Überprüfung der bestehenden Tempolimits auf nordrhein-westfälischen Autobahnen

Die Junge Union NRW fordert eine Neuüberprüfung der bereits bestehenden Tempolimits auf den Autobahnen Nordrhein-Westfalens. Dabei soll vor allem das Bestehen einer Notwendigkeit des jeweiligen Tempolimits zum Erhalt der Verkehrssicherheit maßgebendes Kriterium sein. Geschwindigkeitsbegrenzungen, für die keine solche Notwendigkeit besteht, gehören abgeschafft.

Beschluss:

Leistungsträger in Straßenplanung und Straßenbau bei Straßen.NRW halten

Die Junge Union NRW fordert, dass das Ministerium für Verkehr des Landes NRW ein Programm aufsetzt, um Leistungsträger angesichts der bevorstehenden Gründung der Bundesautobahngesellschaft beim Landesbetrieb für Straßenbau (Straßen.NRW) zu halten.

Beschluss:

Antrag Trenching

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, das Trenching-Verfahren für den Glasfaserausbau zu fördern, indem man die

Genehmigungsverfahren deutlich verschlankt und die Vorhaben nach Möglichkeit finanziell unterstützt.

Beschluss:

Verfahren Bürgerbegehren

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen setzt sich bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung für eine Reform des § 23 der Kreisordnung und des § 26 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ein. Dabei sollen insbesondere die Absätze 4 und 8 der beiden Paragraphen dahingehend geändert werden, als dass die benötigten Unterschriftenzahlen für Bürgerbegehren erhöht, gleichzeitig aber auch die Bedeutung und Gültigkeitsdauer eines Bürgerentscheides erhöht werden müssen. Ebenso muss eine Möglichkeit geschaffen werden die Fragestellung eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheides, welche sich um einen kleinen Aspekten in einem großen Konzept dreht, mit eben diesem zu verknüpfen. Auch sollte die Fragestellung mit ihren Antwortoptionen nicht länger an den Fragestellenden gekoppelt sein, sondern die Thematik in den Mittelpunkt gestellt werden, sodass ein „Ja“ eindeutig für und ein „Nein“ eindeutig gegen ein Vorhaben oder eine Maßnahme spricht. Daneben sollen Bürgerentscheide nicht mehr in den Schulferien stattfinden dürfen und – sofern möglich – aus Kostengründen an andere Wahltermine gekoppelt werden.

Beschluss:

Kriterien für das Fach Wirtschaft

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen (JU NRW) begrüßt das Vorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung das neue Schulfach „Wirtschaft“ als Wahlfach an weiterführenden Schulen einzuführen. Als die Stimme für die junge Generation in Nordrhein-Westfalen setzt sich die JU NRW bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung dafür ein, dass im Fach Wirtschaft grundlegende und alltägliche Kompetenzen an Jugendliche vermittelt werden. Dazu könnten u. a. Vertrags- und Verbraucherrecht, Versicherungs-, Banken- und Kreditsystem, Steuern und Transferleistungen gehören.

Ein weiteres Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge soll z.B. durch das Unterrichten verschiedener Wirtschaftsordnungen, von Angebot und Nachfrage, Markt- und Staatsversagen, Betriebswirtschaft, betrieblichen Gründerkultur, der Bedeutung des Wettbewerbs, des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung, des Preisniveaus und der Geldpolitik aufgebaut werden. Zusätzlich sollen Börsengeschehen, globaler Handel und Entwicklung in anderen Ländern in Verbindung mit Wirtschaftsethik vermittelt werden.

Beschluss:

Lernvideos

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung dazu auf, vereinheitlichte online abrufbare Lernvideos für das eigenständige Lernen der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe zur Verfügung zu stellen. Dabei ist eine Kooperation zwischen dem Land NRW, Schulbuchverlagen und bisher erfolgreichen „Youtubern“, welche sich auf Nachhilfevideos spezialisiert haben, denkbar, um ein vereinheitlichtes aber auch effizientes

digitales Angebot zu schaffen. In kurzen Infovideos sollen schnell und einfach grundlegende Inhalte der Kernlehrpläne vermittelt werden. So können diese einmal online zentral verfügbar gemacht jederzeit von Lehrpersonal für das eigenständige Lernen der Schüler empfohlen, aber auch von Lehrern im Unterricht benutzt werden, um beispielsweise ein Thema einzuleiten.

Beschluss:

Antragsprozess neuer Personalausweis

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert die Städte und Gemeinden des Landes NRW auf, flächendeckend digitale, barrierefreie Selbstbedienungs-Endgeräte zur Beantragung, Bezahlung und Erstellung von biometrischen Fotos sowie Fingerabdrücken des neuen elektronischen Personalausweises anzuschaffen. Dabei muss die eingesetzte Technik bestmöglich gegenüber potentiellen Einwirkungen von außen abgesichert werden.

Beschluss:

Bessere Bedingungen für Bildungsfahrten nach Luxemburg und Straßburg

Die Junge Union NRW setzt sich dafür ein, dass die beiden Städte Straßburg und Luxemburg, die von besonderer europäischer Bedeutung sind, zum Landesjugendplan- (LJP) Sondergebiet erklärt wird, um auch dorthin politische Bildungsreisen zu ermöglichen.

Beschluss:

Ausweitung der Lehrgangsplätze für ehrenamtliche Führungskräfte am Institut der Feuerwehr NRW (IdF) durch Kooperationen mit Berufsfeuerwehren

Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehren sind eine wichtige Säule in der Gefahrenabwehr in Nordrhein-Westfalen. Im ganzen Land sind sie zur Bewältigung von großen Einsätzen, Großeinsatzlagen oder Katastrophen unverzichtbar. In nur 31 von 396 NRW-Kommunen gibt es eine Berufsfeuerwehr. In allen anderen sorgt die Freiwillige Feuerwehren für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Ihnen stehen in 78 Kommunen hauptamtliche Kräfte zur Seite. Das bedeutet, dass in 287 (72%) der 396 Kommunen in NRW Freiwillige Feuerwehren alleine für Brände, Verkehrsunfälle uvm. bereitstehen.

Selbstverständlich sind in Freiwilligen Feuerwehren gut ausgebildete Führungskräfte von Nöten. Wir beobachten und erfahren immer wieder von Kreisbrandmeistern oder Wehrführern, dass es an Ausbildungsplätzen am Institut der Feuerwehr NRW mangelt. Wartezeiten auf Gruppenführerlehrgängen von fünf Jahren und mehr (bei Vorhandensein aller notwendigen Lehrgangsvoraussetzungen) sind für uns nicht hinnehmbar. Dies führt zu einem deutlichen Verlust an Motivation und damit evtl. zum Verlust wertvollen ehrenamtlichen Engagements. Ehrenamtliche Feuerwehrleute, die bereit sind Verantwortung nicht nur für sich oder die Allgemeinheit, sondern ganz direkt für die ihnen anvertraute Einsatzkräfte zu übernehmen, müssen hierbei unterstützt und gefördert werden.

Bei der Ausbildung von hauptamtlichen Gruppenführern im Auftrag des IdF beteiligen sich bereits seit Jahren die Städte Essen (Juni 2018: zum 13. Mal), Düsseldorf, der Kreis Düren (unterstützt durch die Städteregion Aachen) und die Stadt Dortmund (unterstützt durch die Stadt Bochum).

Deshalb fordert die Junge Union Nordrhein-Westfalen die Landesregierung auf, eine Ausweitung der Lehrgangsplätze für ehrenamtliche Führungskräfte am Institut der Feuerwehr NRW (IdF) durch Kooperationen mit Berufsfeuerwehren vorzunehmen.“

Beschluss:

Ausweitung und Verbesserung der Schulpraktika

Die Junge Union NRW fordert:

1. Die Anzahl der Praktika in Gymnasien soll auf sechs Einheiten mit der Dauer von jeweils einer Woche erhöht werden. Dabei sollen bis zu zwei Einheiten bei einer Praktikumsstelle absolviert werden können.
2. Schulen sollen die Stelle eines Praktikumskoordinators schaffen. Aufgabe ist die Unterstützung der Schüler bei der Vorbereitung und Durchführung der Praktika. Auch soll der Koordinator Kontakte zu örtlichen Unternehmen knüpfen und zu Praktika in den Bereichen Pflege und Handwerk anregen sowie seine Unterstützung bei weiteren freiwilligen Praktika in den Schulferien anbieten.

Beschluss:

Ehrenamt

Wir fordern Städte, Schulen und alle anderen Förderer des Ehrenamts auf, die Kommunikation von vorhandenen Angeboten und Möglichkeiten zum Engagement zielgerichtet dort durchzuführen, wo junge Menschen anzutreffen sind. Dies können z. B. Schulen, Freizeitorte, Veedelsfeste und natürlich die digitalen Medien sein. Als erste Maßnahme fordern wir einen jährlichen Aktionstag für das Ehrenamt in allen Schulen.

Wir fordern, dass sich ehrenamtliches Engagement positiv auf die individuelle persönliche und berufliche Laufbahn auswirkt. Dies kann sich vor allem in einer Anerkennung des Ehrenamts bei der Vergabe Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen widerspiegeln.

Beschluss:

Unterhaltsbeihilfe für Referendare

Die Junge Union NRW fordert die Landesregierung auf, die Anrechnung von Nebentätigkeitsentgelten und Zusatzvergütungen privater Ausbildungsstellen auf die Unterhaltsbeihilfe nach § 3 Abs. 1 der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare abzuschaffen.

Beschluss:

Grunderwerbsteuer

1) Wir fordern die Bundesregierung auf, kurzfristig einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb von Immobilien zu eigenen Wohnzwecken oder Baugrundstücken zur

Bebauung mit Wohnimmobilien zur Selbstnutzung aufkommensneutral einzuführen (vgl. Prüfauftrag im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, Z. 5156).

2) Wir fordern die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer für selbst genutztes Wohneigentum zu starten. In Nordrhein-Westfalen ist ein Freibetrag in Höhe von 250.000 Euro pro Person bei selbst genutztem Wohneigentum einzuführen. Kinder sollen darüber hinaus berücksichtigt werden (vgl. S. 76 des Koalitionsvertrags von CDU und FDP in NRW)

3) Der Antrag zu 1) ist seitens der JU Deutschlands zum CDU-Bundesparteitag einzureichen.

4) Der Antrag zu 2) ist seitens der JU NRW zum CDU-Landesparteitag einzureichen.